Nr. 75. Sonnabend, den 15. Februar 1919. — Morgen-Ausgabe. 33. Jahrgang.

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich zweimal, Sonntags und nach Feiertagen nur einmal. Bezugspreis: monatlich ℳ 2,60 vierteljährlich ℳ 7,80 frei ins Haus. Einzelnummer in der Expedition, in den Filialen und bei den Straßenhändlern 10 ₰. Kreuzbandsendungen monatlich ℳ 4,—. Buchhandlung: Erdgeschoß. Buchdruckerei-Kontor: 1. Stock. Fehlandstr. 11.

Redaktion: Fehlandstraße 11. 1. Stock. Hamburg 36. Expedition: Fehlandstraße 11. Erdgeschoß.

Verantwortlicher Redakteur: Karl Petersson in Hamburg.

Anzeigen die neungespaltene Petitzeile oder deren Raum 60 ₰. Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienanzeigen 35 ₰ zuzüglich Teuerungszuschlag von 20 % Anzeigen-Annahme Fehlandstraße 11. Erdgeschoß (bis 7 Uhr abends für den folgenden Tag), in den Filialen (bis 5 Uhr), sowie in allen Annoncen-Bureaus. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Reklamen im redaktionellen Teil werden weder gratis noch gegen Entgelt aufgenommen.

Aus der deutschen Hölle.

Wir haben nicht nur nach der siegreichen Revolution gegen die monarchisch-kapitalistische Reaktion noch den Putschismus im Leibe, sondern uns wühlt auch noch Hunger, Not und Tod in den Eingeweiden. Die apokalyptischen Reiter, die hinter jedem Kriege einherrasen, wollen Deutschland völlig in Grund und Boden reiten. Täglich sterben heute in deutschen Landen den Hungertod 800 Menschen. Die amtlichstatistischen Berichte sagen verschämt: Todesfälle durch Ernährungsschwierigkeiten. 800 Menschen täglich am Hunger, sieht auf den ersten Blick nicht gar so schlimm aus. Der Krieg hat im Tagesdurchschnitt mehr Menschenfleisch gefressen. Aber tausend und aber tausend sterben außerdem eines langsamen Hungertodes, und ehe der Hungertod selbst an die Bahre treten kann, wird er schon von andern Würgeengeln abgelöst.

Die Sterblichkeit nimmt, trotzdem die heimatlichen Kriegslazarette leerer werden, auf der ganzen Linie zu. Die Hungerblockade zeigt ihre Wirksamkeit in der grausamsten Nacktheit. Selbst die Säuglingssterblichkeit, die während der ersten Kriegsjahre mit allen Mitteln verhindert wurde, über die Friedensziffern zu steigen, schreitet seit 1917 mit schauerlicher Rücksichtslosigkeit über die früheren Ziffern hinweg. Und die Todeszahlen bei den Kindern, die aus dem Säuglingsalter hinaus sind, steigen ebenfalls unerbittlich. Der Gesundheitszustand der Schulkinder wird von Tag zu Tag verzweifelter. Skrophulose, Rachitis, Blutarmut und Tuberkulose sind Massenerkrankungen unserer Schuljugend geworden. Vom 12. Jahre ab wird ein auffälliger Stillstand des Wachstums festgestellt und das Körpergewicht sinkt ständig unter seine Normalgrenze. Die Zahl der Kinder, die wegen allgemeiner Körperschwäche vom Schulbesuch befreit werden müssen, ist in den letzten zwei Jahren erschreckend gewachsen, und die Ziffer der Sechsjährigen, die aus demselben Grunde erst gar nicht in die Schule aufgenommen werden können, zeigt ebenfalls eine rapid steigende Tendenz. Im ganzen genommen wird bei den Kindern im Alter von 1 bis 15 Jahren amtlich festgestellt, daß die Sterblichkeitsziffer gegen das letzte Friedensjahr jetzt um das **doppelte** gestiegen ist. Daß im Zusammenhang mit diesen Gesamterscheinungen die Leistungsfähigkeit in den Schulen selbst zurückbleiben muß, darüber geben die Berichte der Schulleiter eine weitere erschreckende Auskunft. Der geistige Unterrichtsstoff kann nicht mehr so verdaut werden wie früher, und der Turn- und Spielunterricht muß eingeschränkt werden, weil er körperlich nicht mehr bewältigt werden kann. Also eine geistige und körperliche Verkrüppelung ist auf der ganzen Linie im Anmarsch. Eine furchtbare Perspektive.

Und nicht nur in der Kinderwelt und in den großen Städten sind diese erschütternden Zeichen des Verfalls festzustellen, nein, auch das flache Land und die kleinen Städte bleiben nicht mehr unbeeinflußt. Die Sterblichkeitsquote wächst überall und wächst gleichmäßig bei jung und alt. Wie diese Sterblichkeitsziffer wächst, darüber nur ein Beispiel: In Berlin starben auf 1000 der Bevölkerung in den Monaten Januar—Oktober 1913: 13,48; 1914: 14,44, 1915: 15,05, 1916: 14,64, 1917: 19,98, 1918: 20,05. Diese Ziffern erklären sich durch die weitere statistische Feststellung, daß die Widerstandskraft gerade bei den besten Jahrgängen, denen zwischen 15 und 50 Jahren, außerordentlich viel geringer geworden ist. Mit dem 50. Lebensjahre aber scheint geradezu jeder Widerstand gegen das Hungerleben von heute unmöglich zu werden. Hier räumt die Tuberkulose, die aus Entkräftung beschleunigt wird, unheimlich auf. Mit 60 Jahren aber scheint heute überhaupt die eigentliche Lebensgrenze erreicht zu sein. Nach einer Zusammenstellung des Preußischen Statistischen Landesamtes starben von den über 60 Jahre alten Personen: 1913: 198 083, 1914: 211 442, 1915: 216 301, 1916: 230 792, 1917: 270 679. 1. Vierteljahr 1918: 67 589. Eine Verteilung auf Stadt und Land ergibt folgendes Bild:

	Stadt	Land
1913	90 742	107 341
1914	98 441	113 101
1915	98 853	116 448
1916	108 393	122 399
1917	133 153	137 526

Was die Erkrankungen im einzelnen und die dadurch bedingte Sterblichkeit angeht, so sei hier nochmals auf die Tuberkulose hingewiesen. In Preußen starben an Tuberkulose überhaupt nach einer Zusammenstellung des Statistischen Landesamtes 1913: 56 861, 1914: 58 577, 1915: 61 006, 1916: 66 544, 1917: 86 217, im ersten Vierteljahr 1918: 20 047 Personen. Es starben also 1917 **rund 30 000 Menschen mehr an Tuberkulose als 1913.** Ist die Sterbeziffer in den letzten drei Vierteljahren 1918 in derselben Weise wie in dem ersten gestiegen, so werden im Jahre 1918 im ganzen **40 000 Personen mehr gestorben** sein als 1913. Bei einer Verteilung dieser Fälle auf Stadt und Land ergibt sich folgendes Bild:

	Stadt	Land
1913	31 653	25 208
1914	32 625	25 952
1915	34 435	26 571
1916	37 557	28 987
1917	50 495	35 722

Angesichts dieses gesundheitlichen Zustandes unseres Volkes, der sich in den kommenden Ziffern ohne Zweifel noch weit schlechter darstellen wird, braucht man sich auch über eine andere Erscheinung nicht mehr zu wundern: über den Geburtenrückgang. Mann und Weib weigern sich, Kindern das Leben in unserer heutigen Hölle zu vermitteln. Die Not und der Jammer der jetzt zur Welt kommenden Generation schreckt sie ab. Da nützen alle frommen Redereien nichts. Ebensowenig wie der alte Herrgott in diesem grausamen Krieg bei den preußischen Bataillonen war, ebensowenig ist sein Segen bei kinderreichen deutschen Familien zu erkennen. Die unterernährte Frau, die ihr Kind nicht nähren kann, der durch Krieg und Hunger geschwächte Mann können es vor ihrem Gewissen nicht mehr verantworten, Kinder des Elends und des Friedhofes zu zeugen. Die evangelische Landeskirche des ehemaligen kleinen Königreichs Sachsen veröffentlichte dieser Tage eine Statistik, die über die Geburtenverhältnisse bei über 90 pZt. der Familien Aufklärung verschaffte. Danach betrug in den Jahren 1912 bis 1917 die Geburtenziffer 118 768, 117 778, 112 049, 82 603, 55 694 und 48 354. Es ergibt sich somit, daß im Jahre 1917 im Vergleich zu 1912 in Sachsen **mehr als 70 000 Kinder weniger geboren** wurden, das ist ein Rückgang von **60 pZt.** Gegen das erste Kriegsjahr 1914 ergibt sich immer noch ein Rückgang von 57 pZt.

Eine furchtbarere Anklage gegen all die Elemente, die so viel Elend auf dem Gewissen haben, gibt es nicht. Dem Geburtenrückgang aus diesen Gründen folgt aber der weitere aus der Unmöglichkeit weiter Kreise, heute überhaupt Ehen schließen zu können. Wohin wir blicken, wird das deutsche Volk in allen seinen Existenz- und Lebensmöglichkeiten auf das grausamste bedroht. Und zu all dem inneren Elend fällt von außen bis heute kein Lichtstrahl. Der gelehrte Pariser Streit um den Völkerbund bringt uns keinen Frieden, kein Brot, keine Arbeit und keine Gesundheit. Und unsere innere deutsche Zerrissenheit, nicht zum wenigsten die innere geistige Zerrissenheit in der deutschen Sozialdemokratie, tun ein übriges, um den Jammer täglich qualvoller zu machen und den Glauben an die Zukunft zu erschüttern. Es ist eine fürchterliche Bilanz, die wir vor uns haben. Dorthin sind wir gekommen durch eine nationale Politik, die dem Volke nur die Untertanenrolle zuwies und die herrschende autokratisch-bureaukratische Schicht Schicksal spielen ließ. Sie hat uns ein fluchwürdiges Schicksal gebracht. Aber die herrschenden Kasten bei unseren Feinden sind aus keinem besseren Holz geschnitzt. Auch sie wollen für uns ein hartes Schicksal sein. Aus der Not der Vergangenheit und der Zukunft könnte uns nur eine Hilfe kommen: durch den Sozialismus. Der aber braucht andere Methoden zur Erfüllung, als man sie heute beliebt anzuwenden. Ehe nicht die Arbeiterklasse über Ziele und Wege zum Sozialismus sich innere Klarheit geschaffen hat, ehe sie sich nicht frei vom haßerfüllten Schlagwort und von der Phrase gemacht hat, eher wird sie nicht berufen sein, sich aus der eigenen Hölle zu befreien. Der gesellschaftlichen Befreiung muß die innere Befreiung des einzelnen vorausgegangen sein.

Politische Nachrichten.

Duisburg von den Belgiern besetzt.

WTB. In der Nacht zum Freitag rückten auf Anordnung des belgischen Abschnittskommandeurs infolge der Vorkommnisse am Mittwoch belgische Truppen mit Maschinengewehren, um weitere Unruhen zu verhüten, ein. Es ist eine Kompagnie eingerückt, der zwei weitere folgen sollen. Die Truppen kamen gerade vor dem Rathaus an, als dort drei Hamborner Spartakistenführer vorgefahren waren, um vom Oberbürgermeister die Herausgabe von 50 beschlagnahmten Gewehren zu erzwingen. Die Belgier hielten das Auto der Spartakisten an, die versuchten, zu entkommen. Sie warfen Handgranaten gegen die Belgier, es wurde jedoch keiner verletzt. Die drei Spartakusleute wurden so schwer verletzt, daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußten. Die Belgier besetzten zum Schutze der Verwaltung das Rathaus.

Eine Ententeaktion gegen das bolschewistische Rußland?

(Eigener Drahtbericht des „Hamburger Echo“.)

„B. Z. am Mittag“ will aus Kowno erfahren haben, daß ein italienischer Hauptmann von Wien über Salzburg beim Armee-Oberkommando Nord in Bartenstein bei Königsberg eingetroffen sei und erklärt habe, er habe den Auftrag, nach Moskau zu fahren und dort im Namen der Entente mitzuteilen, daß die Entente-Truppen, wenn die Bolschewisten ihren Vormarsch nach Westen nicht einstellen, zusammen mit deutschen Truppen sich an der deutschen Ostfront gegen sie wenden würden. Voraussichtlich, so sagt das Blatt weiter, würde ein italienisches Regiment nach Kowno, eine englische Abteilung nach Libau verlegt werden. (Man muß uns schon gestatten, diese Meldung einstweilen mit einem Fragezeichen zu versehen. Die Red.)

Lebensmittel für Deutschland und die Zahlungsfrage.

Aus dem Haag, 14. Februar. Nach amerikanischen Nachrichten steht nun fest, daß die vier großen Ententemächte Deutschland mit Nahrungsmitteln versehen und dafür langfristige deutsche Obligationen nehmen wollen. Frankreich schlägt jetzt vor, daß die Vereinigten Staaten ihm zunächst Barmittel für diese Lieferung an Deutschland zur Verfügung stelle, die Frankreich zurückzahle, wenn Deutschland bar bezahlt hat. Die Stimmung in Amerika ist entschieden gegen eine weitere politisch rückwirkende Festlegung Amerikas in Europa. Die zum Teil ungedeckten Vorschüsse Amerikas an seine Verbündeten betragen heute bereits **8,6 Milliarden Dollar** und die **Gesamtstaatsschuld über 21 Milliarden Dollar.** Nach weiteren amerikanischen Nachrichten ist die amerikanische Delegation geschlossen der Ansicht, daß Frankreich und Deutschland in direkte Verrechnung treten müßten.

Französische Hetze gegen den Völkerbund.

In sehr scharfer Weise lehnt heute „Echo de Paris“ das Wilsonsche Projekt des Völkerbundes ab. Das Blatt schreibt: 20 bis 25 Jahre lang muß es eine militärische und wirtschaftliche Liga der Nationen geben, die ihre Spitze gegen den Rhein kehrt. Das militärische Abkommen mit England, Frankreich, Italien und Belgien und das wirtschaftliche Abkommen aller Rohstoff fabrizierenden Länder sind noch notwendig. Wenn dies ein Vierteljahrhundert lang die Solidarität der jetzigen Ententeländer in dem Werke der Liquidierung und des Schutzes Europas bekräftigt hat, dann ist vielleicht der Augenblick für den Völkerbund am dienlichsten. Bis zu diesem Augenblick kann es nur einen Bund der im Verteidigungszustand gegen Deutschland befindlichen Völker geben.

Amerika und England schieben die Bolschewisten ab.

Der „Vorwärts“ berichtet aus Amsterdam: Nach Meldungen der „Times“ hat die amerikanische Regierung beschlossen, das Land von fremden bolschewistischen Elementen, die kürzlich erst angekommen sind, zu säubern. Es werden zunächst 57 Fremde weggeschickt. Auch die in London sich aufhaltenden 8000 Anarchisten sollen in kürzester Frist in ihre Heimat abgeschoben werden.

Der unschuldige Sobelsohn.

(Privatmeldung des „Hamburger Echo“.)

Radek hat durch seinen Verteidiger Haftentlassung beantragt und sie damit begründet, daß er Chef der russischen Gesandtschaft gewesen sei, welche vom Vollzugsrat nach Berlin berufen wurde. Ferner stehe ihm die Exterritorialität auch als Mitglied der russischen Regierung zu, und endlich habe er überhaupt keine strafbare Handlung begangen, da er unter seinem richtigen Namen Sobelsohn die Grenze passiert habe.

Die Groß-Berliner Soldatenräte halten sich für überflüssig.

(Privatmeldung des „Hamburger Echo“.)

Am Freitag tagten die Groß-Berliner Soldatenräte. Das Bureau erklärte seinen Rücktritt mit der Begründung, daß für die Soldatenräte keine Berechtigung zum Weiterbestehen mehr vorhanden sei. Es müßten die in den Garnisonen vorhandenen Soldaten neue Soldatenräte wählen. Hinter den Groß-Berliner Soldatenräten stünden keine 20 000 Mann mehr. Die Versammlung nahm diese Erklärung mit dem allergrößten Unwillen entgegen und sprach schließlich gegen wenige Stimmen dem Bureau das Mißtrauen aus. Es wurde dann auf Antrag der Unabhängigen, während die sozialdemokratischen Mitglieder zum großen Teil nicht im Saal waren, beschlossen, die Leitung der Groß-Berliner Soldatenräte den soldatischen Mitgliedern des Vollzugsrates Groß-Berlins zu übertragen. Dann hielt Kuttner einen Vortrag über die Kriegsbeschädigtenfürsorge.

Kleine politische Mitteilungen.

Die „Voss. Ztg.“ meldet aus Zürich: Wie der „Morning Post“ aus Stockholm gemeldet wird, ist ein neuer Mordversuch gegen Lenin während einer Automobilfahrt unternommen worden. Lenin blieb unverletzt. Der Chauffeur wurde schwer verwundet. Der Attentäter wurde festgenommen und erschossen.

Die „Deutsche Tageszeitung“ behauptet, daß Dr. Südekum zum Präsidenten des preußischen Staates in Aussicht genommen sei.

„Maasbode“ wird aus Brüssel gemeldet, daß die politische nationale Kommission den Wunsch ausdrückte, daß Belgien die Verwaltung von Deutsch-Ostafrika übertragen wird und daß es als Kompensation für seine Kriegsunternehmungen in Afrika wirtschaftliche Vorteile erhalte, so z. B. den freien Zugang zum Indischen Ozean, Verbesserung der Zugänge vom Kongo nach dem Atlantischen Ozean.

Deutsche Nationalversammlung.

Vizepräsident Haußmann eröffnet die Sitzung um 2.25 Uhr.

Zunächst fand die Wahl des Präsidenten der Nationalversammlung statt. Von 834 abgegebenen Stimmen entfielen 295 auf den Zentrumsabgeordneten Fehrenbach, 32 waren ungültig, 7 zersplittert.

Fehrenbach erklärte, er nähme die Wahl an. Er werde bestrebt sein, mit strenger sachlicher Unparteilichkeit seines Amtes zu walten, aber auch die Ordnung und die Würde des Hauses zu wahren.

Sodann fand die Wahl des Vizepräsidenten statt. Der Abg. Heinrich Schulz (SD.) wurde mit 279 von 327 abgegebenen Stimmen zum Vizepräsidenten gewählt. Vier Stimmen waren zersplittert, 34 ungültig. Darauf setzte das Haus die

Besprechung der Regierungserklärung

fort.

Reichsminister des Auswärtigen Graf v. Brockdorff-Rantzau: Meine neue Betätigung gibt mir Recht und Pflicht, Ihnen Rechenschaft abzulegen über die Grundlinien, nach denen ich die auswärtige Politik im Rahmen der allgemeinen Regierungspolitik zu führen gedenke. Ich kann die Aufgaben der deutschen Außenpolitik in zwei Gruppen zusammenfassen: Die Beseitigung des Kriegszustandes und die Herstellung normaler Beziehungen zu der Volksgemeinschaft. Leider hat Deutschlands freiwillige Entwaffnung die Feinde nicht milder gestimmt. Neuerdings haben sie den Versuch gemacht, auf diesem Wege Fragen zu regeln, die unzweifelhaft zu den Gegenständen des Friedensschlusses gehören. Ich habe diesen Versuch zurückgewiesen und werde auch zukünftig solche Versuche zurückweisen. Wir sind im Begriff, die ganze bisherige Streitmacht aufzulösen und unser altes Friedensheer, das wir im Osten gut brauchen konnten, durch eine neue republikanische Truppe zu ersetzen. Deutschland hat die Folgen seiner Niederlage auf sich genommen und ist entschlossen, die Bedingungen zu halten, die es mit den Gegnern vereinbart hat. Diese Bedingungen bedeuten eine völlige Abkehr von den politischen Zielen des früheren Deutschlands. Zur Beschränkung unserer Souveränität, der bindenden Unterwerfung unserer Differenzen mit anderen Staaten unter eine andere Schiedsgerichtspartei und zum Verzicht auf eine Rüstung sind wir bereit, wenn unsere bisherigen Gegner und unsere künftigen Nachbarn sich den gleichen Beschränkungen unterwerfen. Wir erkennen an, daß die Stellung, die Deutschland bei den Haager Friedenskonferenzen in diesen beiden grundlegenden Fragen angenommen hat, eine historische Schuld in sich schloß, für die unser ganzes Volk jetzt büßen muß. Dieses Bekenntnis schließt aber keineswegs das Bekenntnis ein, daß Deutschland im Sinne feindlicher Behauptungen allein den Weltkrieg verschuldet habe. Wir halten deshalb an den Wilsonschen Grundsätzen fest, daß dem Sieger keine Kriegskosten zu bezahlen und keine Gebiete der Besiegten abzutreten sind. Wenn wir in den von uns besetzt gewesenen Gebieten das Zerstörte wieder aufbauen, so wollen wir dies durch unsere freie Arbeit tun. Wir verwahren uns dagegen, daß man unsere Kriegsgefangenen solche Arbeit als Sklaven verrichten läßt. (Lebhafte Zustimmung.) Aus der Tatsache, daß unsere Gegner den Sieg zu einem überwiegend großen Teil nicht willkürlicher, sondern wirtschaftlicher Kriegführung verdanken, folgt, daß der Friede nicht nur ein politischer, sondern wesentlich auch wirtschaftlicher Friede sein muß. Wir dürfen dabei annehmen, daß die Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz von 1916 fallen gelassen werden. Eine auch nur zeitweise Differenzierung Deutschlands auf dem Gebiete des Handels und Verkehrs wäre für uns unannehmbar. Allerdings müssen auch wir in der Handelspolitik umlernen. Das hängt gewiß zum Teil mit der einseitig bureaukratischen Besetzung unseres auswärtigen Dienstes zusammen. Deshalb ist es mein Plan, erfahrene Praktiker mehr als bisher in den auswärtigen Dienst zu stellen. Den Anfang habe ich bereits gemacht. Die Freiheit des Handels setzt Freiheit der Meere voraus, die deshalb für Deutschland einer der wichtigsten Punkte des Wilson-Programms ist. Wollte man Deutschland zwingen, ohne Handelsflotte in den Völkerbund einzutreten, so bedeutete das eine gewaltsame Umkehrung seiner Wirtschaftsentwicklung, die eine stete Bedrohung des allgemeinen Friedens bedeuten würde. (Lebhafter Beifall.) Ebenso wenig kann Deutschland ohne Kolonien in den Völkerbund eintreten. (Lebhafter Beifall.) Wir stimmen dem Gedanken einer internationalen Kontrolle über die Tropenkolonien unter der Voraussetzung zu, daß sich alle Kolonialmächte ihr unterwerfen und daß Deutschland an der Verwaltung und den Erzeugnissen der Kolonien einen angemessenen Anteil erhält.

Auf der anderen Seite müssen wir gefaßt sein, bondem eigentlichen Reichsgebiet wertvolle Teile zu verlieren. Das gilt vor allem von Elsaß-Lothringen. Dem Recht der gegenwärtigen Bevölkerung Elsaß-Lothringens wird Gewalt angetan, wenn jetzt die französische Okkupationsmacht das Land wie ein endgültig erobertes betrachtet und alle Elemente vertreibt oder gefangensetzt, in denen sie ein Hindernis gegen ihre imperialistischen Pläne sieht und wenn sie den natürlichen Anspruch eines Volkes auf seine Sprache durch gewaltsame Verwaltung antastet. (Lebhafte allseitige Zustimmung.) Aus der Tatsache, daß die Friedenskonferenz noch ihr Siegel nicht unter Elsaß-Lothringens Schicksal gedrückt hat, leiten wir die Befugnis her, für der Elsaß-Lothringer Recht einzutreten, daß ihre Stimmen bei der Entscheidung über ihr Schicksal gehört werden. Der französische Plan, das preußische Saargebiet oder die bayerische Pfalz an Elsaß-Lothringen anzugliedern, bedeutet eine imperialistische Vergewaltigung, die genau so scharf verurteilt werden muß, wie die früheren Absichten deutscher Chauvinisten auf das Becken von Longwy und Briey. Freilich hat Frankreich an jeder Schwächung Deutschlands politisches Interesse, so lange beide großen Nationen sich gegenseitig als Erbfeinde betrachten und deshalb bis an die Zähne bewaffnet einander gegenüberstehen. Die Friedenskonferenz wird die Aufgabe haben, Garantien zu schaffen, die einen solchen Zustand als sinnlos erscheinen lassen. Nur versuche man nicht, die Garantien darin zu finden, daß man Teile des Reichsgebiets losreißt, die zu seinen lebenswichtigsten Gliedern gehören. Brockdorff-Rantzau kam dann auf die Pläne der Errichtung einer rheinisch-westfälischen Republik und auf die Los-von-Berlin-Bewegung im Süden von Deutschland zu sprechen und erklärte dazu: Mag die Wiederherstellung der Main-Linie für den Augenblick vielleicht Vorteile versprechen, auf die Dauer wird eine solche Trennung mit Sicherheit zum Untergang staatlicher und wirtschaftlicher Selbständigkeit der gekrönten Glieder führen. Ein einiges Reich ist Deutschlands natürliche Lebensform. Wir gedenken weder aus Schweizern noch aus Niederländern Deutsche zu machen. Von skandinavischen Völkern annektieren wir nur die Sagen ihrer Vorzeit und Gedichte ihrer Gegenwart. Aber mit unseren österreichischen Brüdern hatten wir bis zum Zusammenbruch des römischen Reiches deutscher Nation die gleiche Geschichte. Wenn wir uns jetzt wieder zusammenfinden, so wissen wir, daß wir nur eine späte Korrektur an einen Fehler der Reichsgründung vornehmen, der die Friedenskonferenz die Sanktion gewiß nicht versagen wird. Schon jetzt dürfen wir Verwahrung einlegen gegen die Unbill, die Deutsch-Oesterreich von ehemaligen Reichsgenossen angetan wird. Graf Brockdorff-Rantzau kam dann auf die Uebergriffe des neuen tschechoslowakischen Staates gegen Deutschland zu sprechen und legte scharfen Protest dagegen ein. Ueber die wirtschaftlichen Bedürfnisse des tschechoslowakischen Staates wird ruhig verhandelt werden können. Das neue Deutschland hat am Gedeihen des aufstrebenden Nachbars ein gleich vitales Interesse, wie dieser an Deutschlands wirtschaftlicher Gesundheit. Sind wir hiernach entschlossen, ringsumher zugunsten deutscher Brüder das Recht der Nationalität geltend zu machen, so wollen wir das Recht auch da anerkennen, wo es sich gegen unsere Machtstellung wendet. Das gilt vor allem für das Volk der Polen. Da es strittig ist, welche Gebiete unter den 13. Punkt von Wilsons Programm fallen, so mag eine unparteiische Instanz darüber entscheiden. Bis dahin gehören diese Gebiete zum Reich. Unser eigener Vorteil verlangt, daß die Hetzatmosphäre, die augenblicklich die deutsch-polnischen Beziehungen vergiftet, noch vor Beginn der Friedensverhandlungen reinerer Luft des gegenseitigen Verständnisses weicht. Es muß und wird unser Bestreben sein, durch sorgfältige Träger der gemeinsamen Interessen und durch gegenseitige Schonung der nationalen Eigenart einen Modus vivendi zu finden. Dazu gehört vor allem die Anerkennung des polnischen Rechts auf gesicherten Verkehr mit der Ostsee. Das Problem kann durch vertragsmäßige Regelung der Weichsel-Schiffahrt und durch Eisenbahn- und Hafenkonzessionen gelöst werden, ohne daß die Reichshoheit über unverdüßerliches ostpreußisches Gebiet angetastet zu werden braucht. Auch gegen eine Stellung dieser Rechte, wie überhaupt der polnischen Selbständigkeit und der internationalen Garantien hätte Deutschland nicht einzuwenden, so lange darin keine Spitze gegen einen bestimmten Nachbarn enthalten ist. Was den deutschen Polen recht ist, ist den deutschen Dänen billig. Nach der Entwicklung, die die Dinge genommen haben, hoffe ich, daß in unserer Nordgrenze ein Vorbild geschaffen wird, wie in freier Verständigung in redlichem Ausgleich langjähriger Völkerzwist zur ausdauernden Völkervereinigung geführt wird. (Beifall.) Nach dem Weltkriege der Volksmassen muß die Frage der sozialen Befreiung der Arbeiterschaft international entschieden werden. Es würde zum Nachteil sozial gewissenhafterer und fortgeschrittener Nationen auschlagen, wenn es den Ausbeutern menschlicher Arbeitskraft freistünde, den ungerechten Vorteil ihrer niedrigen Produktionskosten zur Ausschaltung ihrer Mitbewerber auszunutzen. Aber das Ziel, das hier verfolgt wird, ist nicht nur materiell, sondern edlerer Natur. Ihm liegt der Gedanke zugrunde, die allen Menschen gemeinsame Aufgabe, das Leben innerlich reicher und vollkommener zu gestalten und nicht inmitten gesteigerter Zivilisation zu Maschinenteilen des Produktions-Prozesses herabzusinken. Es handelt sich um friedliche Verständigung über den Weg, den die soziale Entwicklung nehmen soll. Der Gedanke sozialer Befreiung ist nirgends mehr zu Hause, als in Deutschland. Das legt uns die bonehme Pflicht auf, Frieden nicht zu schließen, ohne den Versuch, unser soziales Programm international zu sichern. Es wäre eine Verleugnung unseres sozialen Geistes, daß die Friedensverträge, die Deutschland mit den Ostmächten schloß, rein kapitalistischen Charakter tragen. Die deutsche Regierung ist entschlossen, sich bei den Vorschlägen für die Friedensbestimmungen über Arbeiterrecht, Arbeiterschutz, Arbeiterversicherung, wesentlich auf den Boden der Beschlüsse der bekannten Konferenzen in Lieds und Bern zu stellen. Vom kommenden Frieden erwarten wir, daß er der Welt in dem von Wilson verkündeten Völkerbund eine feste Organisation schafft. Deutschland ist entschlossen, an der Ausgestaltung des Bundes rückhaltlos mitzuarbeiten, obwohl die anderen uns nur mit tiefem Mißtrauen zulassen werden. Dieses Mißtrauen können wir durch Beweise aufrichtiger Friedensliebe überwinden. Ein solcher Beweis wird zunächst in unserer entschlossenen Abwehr von jeder Rüstungspolitik liegen; denn eine Außenpolitik, die sich auf überlegene Waffenmacht stützt, ist zwar eine bequeme, aber meist eine schlechte und unfruchtbare Politik. Von mir jedenfalls werden Sie nur eine solche Führung der Reichsgeschäfte erwarten dürfen, die nicht alle Augenblick ans Schwert schlägt, um ihre Absichten durchzusetzen, sondern den Gegner davon überzeugt, daß es sein eigenstes Interesse ist, auf unsere Absichten einzugehen. Mit der äußeren Abrüstung muß die geistige Abrüstung Hand in Hand gehen. Alle Differenzen rechtlichen Charakters, die zwischen uns und einem anderen Volke auftauchen, müssen wir in versöhnlichem Geist behandeln, und wenn sie diplomatisch nicht zu schlichten sind, dem Urteil eines Schiedsgerichts unterbreiten. Daneben werden wir uns angelegen sein lassen, internationale Einrichtungen zur Vermittlung und Einigung auszubauen. Der Völkerbund bedarf auch gewisser Zwangsmittel, um seine Beschlüsse zu vollstrecken. Der damit verbundene Verzicht auf einen erheblichen Teil der Souveränität kann einem freien Volke nur zugemutet werden, wenn es an der Exekutive beteiligt ist. In einen Völkerbund, bei dem wir ausschließlich Objekt der Exekutive sein würden, werden wir nicht eintreten können. Trotz mancher Schwierigkeiten gebe ich die Hoffnung nicht auf, daß die durch den Weltkrieg gemarterte Menschheit diese neue bessere Regelung des Völkerverkehrs als Frucht ihrer Opfer und Leiden davontragen wird.

Dann wird es möglich sein, daß der Haß allmählich wieder der Achtung Platz macht, ohne die kein menschlicher Verkehr bestehen kann. Das gilt nicht bloß für die feindliche Nation im Westen, sondern auch für den Nachbarn im Osten, mit dem wir jetzt, ohne Vertrag und diplomatische Beziehungen in tatsächlichem Kriegszustande leben. Die russische Sowjet-Republik hat der Entente erklärt, sich mit ihr in Verhandlungen auf der Grundlage einlassen zu wollen, daß sie die bolschewistische Propaganda bei anderen Völkern einstellt, dafür aber die politischen Verhältnisse Rußlands ohne fremde Einmischung regelt. Was Deutschland anlangt, sehe ich keine Bedenken, auf dieser Grundlage eine Verständigung mit Rußland anzustreben. Nur die eine Bedingung wäre zu stellen, daß auch Rußland das Selbstbestimmungsrecht der Völker annimmt. Der Völkerbund würde aber ein Torso bleiben, wenn nicht auch die Neutralen zugezogen würden. Man wird diese um so weniger ausschließen wollen, als man ihnen vielfach zu großem Danke verpflichtet ist für Leistungen und Opfer, die sie zugunsten Angehöriger der Kriegsparteien auf sich nahmen. Ich benutze die Gelegenheit, den Teil der Dankesschuld, der auf Deutschland entfällt, im Namen des ganzen deutschen Volkes freimütig anzuerkennen und bin dabei der Zustimmung der deutschen Nationalversammlung gewiß. (Lebhafte Zustimmung.) Ich denke besonders an die hervorragenden unvergeßlichen Dienste, die Volk und Regierung in Dänemark, Schweden, den Niederlanden, Spanien und der Schweiz den deutschen Internierten und Gefangenen geleistet haben, und der freundlichen Aufnahme, die dort viele unserer Kinder und Kranken während des Krieges finden durften. (Lebhafte Zustimmung.) Das Vertrauen, das ich von Ihnen erbitte, wird nicht beeinträchtigt werden durch den Namen, den ich von meinen Vorfahren übernommen habe. Ich hoffe, Ihnen zu beweisen, daß man zugleich Graf und überzeugter Demokrat sein kann. Diese Nationalversammlung mag die entscheidenden Beschlüsse darüber fassen, wie Deutschland den Weltkrieg beenden soll. Der Geist der Ihre Debatten leitet, wird für die Frage entscheidend sein, ob die Sieger das deutsche Volk als gleichberechtigt anerkennen oder ob sie ihm Bedingungen zumuten, die es zwingen würden, lieber die äußersten Folgen zu tragen, als sich diesen Bedingungen zu unterwerfen. Gewiß, wir haben nach innen und außen manches gutzumachen, besonders gegenüber Belgien, und daher haben wir keinen Anlaß, hochfahrende Worte zu führen. Aber wir haben auch unschätzbare, wertvolle innere und äußere Güter zu verteidigen, und deshalb die Verpflichtung, unsere Eigenart und Selbständigkeit auch dem Sieger gegenüber zu behaupten. (Lebhafte Zustimmung.) Wir sind besiegt, aber nicht entehrt. Zu einem Teil ist des deutschen Volkes Würde in meine Hand gegeben. Ich gelobe, daß ich sie wahren will. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Keil (SD.): Es war ein großes Glück für das deutsche Volk, daß im Augenblick des katastrophalen Zusammenbruches eine starke sozialdemokratische Partei vorhanden war, denn sonst wäre das Chaos die unausbleibliche Folge gewesen. So hat sich die Sozial